

□

WEINBAU

Steil- und Steilstlagen:

Mit der Reform der Weinmarktordnung 2008 ist das Pflanzungsrechtssystem und damit das Verbot der Neuanpflanzung in der Europäischen Union bis zum 31. Dezember 2015 befristet worden; den Mitgliedstaaten war eingeräumt worden, dieses System auf ihrem Hoheitsgebiet bis zum 31. Dezember 2018 zu verlängern.

Diese Freigabe der Pflanzrechte wurde jedoch seit Inkrafttreten der Weinmarktreform 2008 vor allem von den weinbautreibenden EU-Mitgliedstaaten abgelehnt.

16 EU-Mitgliedstaaten hatten zuletzt im Rahmen der Beratungen über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2013 den Erhalt der bisherigen EU-Pflanzrechtregelung unterstützt. Auch der rheinland-pfälzische Landtag hat sich im Sommer 2012 mit einem Antrag für die Beibehaltung des EU-Pflanzrechtessystems ausgesprochen (Drucksache 16/1540).

Bei einer völligen Freigabe der Pflanzrechte wäre in erster Linie eine Produktionsausweitung in geeigneten Flachlagen zu erwarten. Steil- und Steilstlagen haben jedoch in Rheinland-Pfalz und auch in anderen europäischen Weinbauregionen eine herausgehobene Bedeutung. Der Weinbau in diesen sonst kaum zu bewirtschaftenden Lagen leistet einen wesentlichen Beitrag zum langfristigen Erhalt der jahrhundertalten landschaftsprägenden und ökologisch wertvollen Kulturlandschaft. In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit für rund 2.200 ha Rebflächen Pflanzrechte. 700 ha davon sind Pflanzrechte für Steillagen.

Mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2013 sind nunmehr die bestehenden europäischen Anpflanzungsregelungen in ein europäisches Autorisierungssystem umgewandelt worden, das vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2030 angewandt werden soll.

Die in den Weinbaubetrieben bestehenden ungenutzten Pflanzrechte können in Genehmigungen umgewandelt werden. Diese werden einem bestimmten Weinbaubetrieb für eine bestimmte Fläche erteilt; Übertragungen von Betrieb zu Betrieb (Handel von Pflanzrechten) sind künftig nicht mehr möglich.

In dem von der CDU-Landtagsfraktion auf den Weg gebrachten, gemeinsamen Antrag, setzen sich die Fraktionen dafür ein, dass Steil- und Steilstlagen im neuen Autorisierungssystem von Rebflächen besonders privilegiert werden. Antrag [Drs. 16/3680](#)

PRESSEMELDUNGEN



Weinwerbungen / Plenardebatte

WIR BRAUCHEN EIN BÜRGERSCHAFTSPROGRAMM FÜR DIE WEINWERBUNGEN IM LAND

Auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion hat der Landtag heute das Fehlverhalten der Landesregierung im Umgang mit den Fördermitteln für die rheinland-pfälzischen Weinwerbungen diskutiert. Dazu erklärt [...]

NR.041/2018



Pressemeldung Grüne zum Öko-Landbau / Pflanzenschutzmittel

BILLIGE STIMMUNGSMACHE DER GRÜNEN HILFT UNSEREN BAUERN UND WINZERN NICHT

Mit ihrer heutigen Pressemeldung zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Öko-Landbau will die grüne Landtagsfraktion den Eindruck erwecken, die Vorsitzende der CDU- Landtagsfraktion, Julia Klöckner, [...]

NR.039/2018



DLR in Konkurrenz zur Privatwirtschaft? / Allgemeine Zeitung

AKTIVITÄTEN DES DLR OPPENHEIM WERDEN THEMA IN DEN ZUSTÄNDIGEN AUSSCHÜSSEN

Die Allgemeine Zeitung Mainz berichtet in ihrer Ausgabe vom 8. Juli 2017 über Aktivitäten des Dienstleistungszentrums Ländlicher Raum (DLR) in Oppenheim, die von der Privatwirtschaft als Eingriffe [...]

NR.186/2017

MEHR

INFOBLÄTTER

Christine Schneider - Aktuelle Debatte der CDU-Landtagsfraktion - „Landesregierung riskiert Insolvenz der Weinwerbungen in Rheinland-Pfalz“

22. Februar 2018

ANTRÄGE

Digitalisierung als Chance für bäuerliche Landwirtschaft und Weinbau

23. Juni 2017

Sicherheit und Zuversicht – Erhaltung der Kulturlandschaft durch Pflege der Steillagen

20. März 2017

Solide Finanzen für soziale Fairness und den Zusammenhalt der Gesellschaft –

Steillagenweinbau erhalten und fördern

14. Dezember 2015

MEHR

ANFRAGEN

Einsatz von Drohnen und Robotern im Weinberg

30. August 2017

Relaunch der Marke „Liebfrauenmilch“

08. Mai 2017

Digitalisierung in der Landwirtschaft und im Weinbau

04. Januar 2017

MEHR

AKTUELLE STUNDEN

Überstürzter Ausstieg des Landes aus der Grünen Woche

17. September 2013

Haltung der Landesregierung zu den Vorschlägen der EU-Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

18. Oktober 2011